Anita Breithaupt:

"Es geht um einen solidarischen Neuanfang"

Nach ihrem Rücktritt als Unterbezirksvorsitzende und vor dem Parteitag der Frankfurter Sozialdemokraten meldet sich Anita Breithaupt mit einem Thesenpapier zu Wort:

(...) Generelle Sozialpolitik über eine zu allen Zeiten praktizierte Armenhilfe hinaus ist eine Errungenschaft der Arbeiterbewegung und ein Glanzpunkt der Geschichte der SPD. (...) Der von Christian Raabe vorgeschlagene Frankfurter Wahlslogan "Frankfurter Reichtum ist für alle da" sollte insoweit ein sozialpolitisches Signal geben. Weshalb kam er nicht auf die Wahlplakate der Frankfurter SPD bei der Kommunalwahl? Das Scheitern war ein Symptom dafür, daß die damaligen Wahlkampfstrategen sich inhaltlich aus dieser Tradition lösen wollten.(...)

Ich bin zutiefst überzeugt davon, daß eine Politik, die sich dem Problem der Obdachlosigkeit engagiert stellt, auf eine breite Anerkennung in der Bevölkerung trifft. Dies gilt ebenso für die Bekämpfung der Kriminalität durch eine offensiv und effektiv betriebene Sozialarbeit. Es ist möglich und wie bei der Schule auch realisierbar, jedem Kind einen Kindergartenplatz zu sichern, natürlich nur, wenn ein Teil der Mittel aus dem Land und vor allem dem Bund bereitgestellt wird. Es ist eine Schande, daß dieses Ziel so weit von der Realisierung entfernt ist.
Sozialdemokratische Sozialpolitik ist - knapp formuliert - Umverteilung zugunsten der Nichtprivilegierten.(...)
Auf Landesebene sind die Kompetenzen eingeschränkt, allerdings ergibt sich die Möglichkeit beachtlicher finanzieller Sozialleistungen. Hier werden wir Unterstützung von der neuen Rot-Grün-Landesregierung erhalten. Ein breites Feld für die Sozialpolitik ist die Kommune mit ihren Möglichkeiten von sinnfälliger Gestaltung des Gemeinschaftslebens bis hin zu dem Bau und der Unterhaltung von sozialen Einrichtungen. (...)
Die Sozialpolitik im Sinne einer umfassenden Gesellschaftspolitik ist die ureigenste Sache der SPD, sie ist das Ferment jeder sozialdemokratischen Politik.
Unser verstärktes soziales Augenmerk muß sich richten auf die gewerblichen Arbeitnehmer, die Arbeitslosen, die Wohnungssuchenden, die Armen und die alten Menschen in unserer Gesellschaft.(...)
Im Interesse der Beschäftigten (insbesondere der gewerblichen Arbeiter mit einfacheren Arbeitsplätzen) müssen daher die verbliebenen Gewerbeflächen in Frankfurt planungsrechtlich gesichert und nicht zugunsten von Büroarbeitsplätzen oder auch Wohnungen beseitigt werden. (...)
Es gibt auch eine Armut der Wohnungssuchenden. In Frankfurt waren Ende 1989 11463 Menschen als Wohnungssuchende registriert, wobei hier die Obdachlosen nicht erfaßt sind. (...) Zielvorstellung ist die Sicherstellung von bezahlbarem Wohnraum. Sozialer Wohnungsbau ist erforderlich.(...)
In Frankfurt geht es - auch aus meiner Sicht um einen solidarischen Neuanfang - um eine Renaissance der SPD. Die kommende Kommunalpolitik der Frankfurter SPD muß beides sein: sozial und modern.

Frankfurts Reichtum ist für alle da."

Abgeordnete des „Bündnis 90" im sächsischen Landtag, Landesverband Sachsen der Initiative Frieden und Menschenrechte:

Aufruf zur sozialen Einheit

(Auf der Leipziger Montagsdemonstration am 15.4.91 verteilt)

Was haben **Runde Tische** zur Zeit Modrows gebracht? - Sie dienten dem Fortbestand der von der SED und Blockparteien geschaffenen Machtstrukturen.
Soziale Menschenrechte wurden proklamiert: das Recht auf Arbeit, auf Wohnen und auf Bildung. -Was ist daraus geworden? Massenarbeitslosigkeit, Mangel an Ausbildungsplätzen, Mietenexplosion!

Aus der Krise helfen keine **Runden Tische.** Wenn die Regierenden sich zur Lösung der Probleme nicht in der Lage sehen, ihre Versprechungen nicht erfüllen, mögen sie zurücktreten! Wenn sie bisher keine andere Politik im Sinne der Mehrheit des Volkes betrieben haben, werden sie dies auch an Runden Tischen nicht tun.

Gerade die durch und durch negative historische Vergangenheit fordert von uns vor allen Dingen unversöhnliches Mißtrauen gegen die alten und neuen unkontrolliert Entscheidenden!

Verhandlungen müssen öffentlich und für alle Betroffenen durchschaubar geführt werden. Für die Erhaltung der Betriebe in der Region bedarf es der Selbstorganisation der Beschäftigten.

Eine andere Politik, welche die Forderungen der Bevölkerung wirklich erfüllt, kann nicht durch Runde Tische entstehen - sie kann nur durch das Engagement des Volkes erzwungen werden!

Wir fordern:

- **Recht auf Arbeit für alle.** Kündigungsstop und Rücknahme aller Kündigungen! Streichung von Arbeitsplätzen nicht vor Schaffung neuer!
- Überprüfung sämtliche Entscheidungen der von der Bundesregierung eingesetzten Treuhand auf dem Gebiet Sachsens durch den Landtag in Verbindung mit den von der Belegschaft gewählten Betriebsräten und ihren gewerkschaftlichen Interessensvertretungen!
- Stop den Betriebsschließungen! Überprüfung der Maßnahmen, die bereits zu Betriebsschließungen geführt haben. Finanzierung von Sanierungsmaßnahmen durch die Bundesregierung.
- Rücknahme der Steuererhöhung!
- Erhalt der Gewerbekapital- und Vermögenssteuer!

(Fortsetzung nächste Seite)

Zu dieser Ausgabe:

Eine wichtige Diskussion hat begonnen: Wie kann eine „andere Politik, eine Politik für das Volk" verwirklicht werden? Wie kann die Einheit der arbeitenden Bevölkerung und ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen für eine Politik für die soziale Einheit im vereinten Deutschland geschaffen werden?
Zu diesen Fragen nehmen u.a.der „Aufruf" aus Sachsen und die Thesen von Anita Breithaupt Stellung (s. diese Seite), sowie auch Texte aus den Gewerkschaften. In den folgenden „Briefen" wollen wir diese Diskussion weiter dokumentieren. Beiträge, z.B. auch Anträge, Resolutionen aus politischen Organisationen, Gewerkschaften und Bürgerversammlungen, oder auch Diskussionen aus Betrieben und sozialen Einrichtungen bitte an die Redaktionsadresse schicken.

Brief an den Parteivorstand der SPD in Bonn

Wir, Parteitagsdelegierte und Mitglieder der Frankfurter SPD, sehen uns aufgefordert, angesichts der neueren Entwicklung der Bundespolitik unserer Partei Stellung zu nehmen.

Angesichts der Steuerlüge der Regierung Kohl konnten wir die Forderung von Björn Engholm nach Neuwahlen, um diese Bundesregierung abzulösen, nur unterstützen.

Umso unverständlicher ist uns, daß die SPD-Bundestagsfraktion nun mit der Bundesregierung gemeinsame Arbeitsgruppen bildet und mit ihr zusammenarbeitet.

Die Politik der Regierung Kohl hat mit der Ernennung von Birgit Breuel als Vorstandsvorsitzende der Treuhand-Anstalt, mit dem Einsatz der Deregulierungskommission, die den Abbau der Tarifautonomie empfiehlt, und den Steuervorschlägen, die u.a. die Kommunen und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer trifft, ihr Programm festgelegt. Die Politik der Bundesregierung ist es, die in den neuen Bundesländern die Hälfte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer arbeitslos machen soll.

Eine Beteiligung an dieser arbeitnehmerfeindlichen Politik führt dazu, daß die SPD mitverantwortlich für die soziale Katastrophe in Deutschland wird und die Regierung Kohl stabilisiert.

Das lehnen wir im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ab!!!

In Zusammenarbeit mit dieser Regierung kann keine Arbeitnehmerpolitik durchgesetzt werden. Sie praktiziert das Gegenteil.

Wir appellieren an den Parteivorstand und die Parteitagsdelegierten des Bundesparteitags Ende Mai 1991:

-Verabschiedet ein Aktionsprogramm zur Verhinderung der Bonner Steuerpläne, des Sozialabbaus und der Aushöhlungg der Tarifautonomie

-Rückzug aus den Arbeitsgruppen der Bundesregierung, wie Otto Schily es gefordert hatte

-Unterstützung der Forderungen des Frankfurter DGB (s. nebenstehenden Text)

Unter den 40 Erstunterzeichnern auf dem Parteitag der Frankfurter SPD am 21.4.91 waren u.a. Gudrun Schaich-Walch, MdB, 3 Stadverordnete, 5 SPD-Ortsbeiräte, 8 Ortsvereinsvorsitzende, Frankfurter Juso-Vorstand.

Vorschlag der Deregulierungskommission:

Schon seit drei Jahren tagt diese „unabhängige Expertenkommission zum Abbau marktwidriger Regulierungen".
Jetzt sieht sie die Chance, den katastrophalen Zusammenbruch des Arbeitsmarkts in Ostdeutschland für ein forciertes Aktionsprogramm gegen die Schutzrechte der ArbeitnehmerInnen nutzen zu können.
Der Osten Deutschlands wird zum Experimentierfeld für grundlegende Veränderungen der sozialen Strukturen in ganz Deutschland. So ist vieles von dem, was nun für den Westen vorgeschlagen wird im Osten schon Wirklichkeit:
z.B. wurde der §613a BGB für die neuen Länder schon aufgehoben.Er regelt, daß bei der Übernahme eines Betriebs die Arbeitsverträge übernommen werden müssen. Dieser Schutz soll nun für ganz Deutschland fallen.
Außerdem soll der Kündigungsschutz eingeschränkt werden. Der Abschluß von außertariflichen , d.h. untertariflichen Vergütungen soll möglich werden.Das geltende „Günstigkeitsprinzip", nach dem von Tarifverträgen nicht zuungunsten von ArbeitnehmerInnen abgewichen werden darf, soll eingeschränkt werden. Verlängerte Probezeiten, sowie die Befristung von Arbeitsverträgen auf höchstens 36 Monate sind vorgesehen. Auch das Vermittlungsmonopol der Bundesanstalt für Arbeit soll fallen. Gewünscht wird eine allgemeine Flexibilisierung der Arbeitszeit. Das seit 1982 bestehende Verbot der Leiharbeit im Baugewerbe soll aufgehoben werden.

Aufruf zur sozialen Einheit (Forsetzung von Seite 1)

- Ausreichende Finanzierung der Kommunen zur Sicherung des Haushaltes! Streichung der Schuldzinsen der Stadt Leipzig!
- Sofortprogramm zum Haushalt Leipzigs zur Sicherung des Bestandes der sozialen Einrichtungen, der Bildungs- und Kultureinrichtungen!
- Kein Abbau von Ausbildungsplätzen!
- Sozial angemessene Stipendien und Renten!
- Übertragung des kommunalen Eigentums und des Landeseigentums wie der Energie- und Wasserwirtschaft von der Treuhand in die Verfügungsgewalt von Land und Kommunen!
- Oberstè Entscheidungsträger im Betrieb sowie Personalchefs, die bereits vor dem Sturz der SED-Diktatur in Kaderabteilungen bzw. in führenden Positionen gearbeitet haben, sind ihrer Funktion zu entheben. Nur mit einem Vertrauensvotum der Belegschaft kann eine erneute Benennung erfolgen.
- **Schaffung der sozialen Einheit** im vereinten Deutschland, daß die Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland nicht gegeneinander ausgespielt wird! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Gleiche Lebensverhältnisse! Gleiche Schutzrechte für ostdeutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wie für ihre westdeutschen Kolleginnen und Kollegen!

Wir schließen uns der Meinung der 250 Betriebsräte der IG-Metall in ihrer Leipziger Erklärung an: „Die Initiative zu Beschäftigungsprogrammen und Qualifizierungsprojekten kann sinnvoll nur mit den Betrieben entwickelt werden. Die Menschen wissen selbst am besten, was sie machen können und wollen, was hier dringender Bedarf ist."
Versammelt Euch in Euren Betrieben und Einrichtungen mit gewerkschaftlichen Vertretern, Betriebs- und Personalräten! Stellt die Einheit der noch Arbeitenden, der Kurzarbeiter und der schon Gekündigten her! Für eine andere Politik gilt es die breiteste Einheit herzustellen!

Impressum:

Die „Briefe zur sozialen Einheit" erscheinen 14-tägig.
Für den Inhalt der Artikel sind jeweils die Unterzeichner verantwortlich.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Nachdruck (mit Quellenangabe) ist erwünscht; bitte Belegexemplar zusenden.

Redaktionsadresse, Kontaktadressen und Bestelladressen:
Gotthard Krupp Sternstraße 50; W - 4000 Düsseldorf 30
Oliver Kloß, Saalfelderstr. 41, O- 7033 Leipzig

Mitteilungen können auch an folgende Fax-Nummern gesandt werden: Düsseldorf 0211 / 498 26 97; Dresden 48 55 307 mit Angabe: „bitte an Thomas Rudolph weiterleiten"

Der regelmäßige Bezug ist nur im Halbjahresabonnement möglich.
Preis des Einzelexemplars: 1.-- DM

Halbjahresabonnement in West:	16,-- DM (incl. Porto)
Halbjahresabonnement in Ost:	12,-- DM (incl. Porto)
Handabonnement in West:	8,-- DM
Handabonnement in Ost:	5,-- DM

Für Mehrfachbezieher (ab 5 Exemplare) gilt der Preis des Handabonnements.
Konto:
Gotthard Krupp, Kontonr.: 67009845, Stadtsparkasse Düsseldorf, BLZ 300 501 10
V.i.S.d.P.: G. Krupp-Sternstr. 50; 4000 Düsseldorf

DGB Deutscher Gewerkschaftsbund - Kreis Frankfurt am Main

Steuern: Lügen haben kurze Beine

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

zu den Bonner Steuerplänen meinte kürzlich die "Frankfurter Rundschau": "Die Bonner Koalitionäre haben nun die Wahl zwischen dem Vorwurf des absichtlichen Wählerbetruges oder der schlichten Blind- und Dummheit."

Unter Bruch aller Wahlversprechen wird ohne Hemmungen abkassiert:
- 4 Milliarden DM mehr an Telefongebühren
- 22 Milliarden DM mehr Sozialversicherungsbeiträge
- 46 Milliarden DM mehr Steuern

Betroffen sind die Verbraucher, die höhere Telefongebühren nicht auf höhere Preise abwälzen können.
Betroffen sind die Arbeitnehmer von 58% höheren Arbeitslosenversicherungsbeiträgen.
Betroffen sind die Kleinverdiener von 7,5% Lohnsteuerzuschlag genauso wie die Generaldirektoren, ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit.
Betroffen sind die Pendler von der um 22 bis 25 Pf. steigenden Mineralölsteuer für Benzin.
Betroffen sind alle Verbraucher von höheren Heizölsteuern, Gassteuern, Tabaksteuern, Versicherungssteuern.

Die Lasten werden zutiefst ungerecht verteilt: Allein die Lohn- und Einkommensteuererhöhung und die Anhebung der Arbeitslosenversicherung belasten einen Arbeitnehmer mit einem Jahreseinkommen von 40.000,- DM mit 587,10 im Jahr (Steuerklasse 3, keine Kinder). Ein Selbstständiger kommt mit weniger als der Hälfte davon: 287,10 DM.

Natürlich wissen wir: Die deutsche Einheit kostet viel Geld.
Wir wollen, daß die drängenden Aufgaben finanziert und die Lasten gerecht verteilt werden.

Aber: Wo bleiben die drastischen Kürzungen bei den Subventionen und den Rüstungsausgaben? Warum werden 100 Mrd. DM für den Jäger 90 ausgegeben, statt für die neuen Bundesländer?

Es ist ein Skandal: Die kleinen Leute werden geschröpft, die Unternehmen und Großverdiener bekommen Steuergeschenke.

Durch die Streichung der Vermögenssteuer und der Gewerbekapitalsteuer verdienen 700.000 Reiche und Superreiche 7 Milliarden DM pro Jahr. Weitere 28 Milliarden DM will man ihnen in den kommenden Jahren zuschanzen. Die Masse der Verbraucher soll dagegen ab 1993 mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer belastet werden.

Den dreisten Bruch der Wahlversprechen nehmen wir nicht hin. Dieses ungerechte und unmoralische Steuer- und Abgabenpaket muß vom Tisch!

Schreiben Sie dem Bundeskanzler:

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,
wir protestieren gegen die Steuererhöhungsbeschlüsse der Bundesregierung und fordern deren Rücknahme. Wir fordern, daß die Unternehmen ihre aus den neuen Ländern erzielten Gewinne dort wieder investieren. Wir fordern die Finanzierung der deutschen Einheit durch den Abbau von Subventionen und Rüstungsausgaben, eine Ergänzungsabgabe für Höherverdienende und eine Arbeitsmarktabgabe.

Name, Vorname   Straße/PLZ/Wohnort   Unterschrift

„In Ost-Deutschland haben wir erlebt, wie sich ein Volk wehren kann. Wir sollten daraus lernen, und es ihnen gleich tun."

Der **AfA Bezirk Niederrhein** hat auf seiner letzten Konferenz beschlossen, den SPD-Parteivorstand und seine Arbeitsgemeinschaften sowie die SPD Bundestagsfraktion aufzufordern, „alle demokratischen Mittel zu ergreifen, um die jüngsten Steuer- und Abgabenbeschlüsse der Bundesregierung zu Fall zu bringen!"

Der Bezirk sieht in den Beschlüssen der Bundesregierung eine "Kriegserklärung an den sozialen Frieden". (...) "Sozialdemokraten, die den Anspruch erheben, den Sozialschwachen in dieser Gesellschaft zu vertreten, müssen sich erheben und wehren.
In Ost-Deutschland haben wir erlebt, wie sich ein Volk wehren kann. Wir sollten daraus lernen, und es ihnen gleich tun."

Nach dem ÖTV-Tarifabschluß von 6%

"Wir haben zwar eine sechs vor dem Komma erreicht. Gleichwohl liegt die Differenz zwischen Forderung und Ergebnis an der Grenze des Vertretbaren.

Die Erwartungen unserer Mitglieder lagen vielfach weit höher. Sechs Prozent rückwirkend ab Januar decken voraussichtlich mehr ab als den Preisanstieg." (Aktion 91/5 v. 16.3.1991)

Immer mehr KollegInnen befürchten, daß ihnen jetzt, nach den Steuerbeschlüssen der Bonner Regierung, diese sechs Prozent geraubt werden.

Daß diese Befürchtung nur all zu berechtigt ist, zeigt folgendes Beispiel:

AltenpflegerIn/Krankenschwester/Pfleger, 31 Jahre, ledig, im Schichtdienst tätig, erhält - unter Berücksichtigung der für diesen Bereich zusätzlich vereinbarten Verbesserungen! - 270,77 DM oder 8,5% mehr Bruttogehalt. (vgl. Tarifinform. Kranken- u. Altenpflege, Geburtshilfe, Nr. 5/1991)

Das Ifo-Institut hat errechnet, daß die Steuererhöhungen, zusammen mit den angehobenen Beiträgen zur Sozialversicherung und den geplanten höheren Postgebühren, eine Mehrbelastung von u.U. 150,-- DM/mtl. ausmacht (vgl. RP v. 17.04.91). D.h..: Netto verbleibt der o.g. Krankenschwester von der 6%igen Gehaltserhöhung nichts mehr, obwohl sie immerhin eine 8,5%ige Anhebung erhalten hat!

Unter Berücksichtigung der Preissteigerungen, die eine allgemeine Anhebung der Mineralölsteuer provoziert, bedeutet dies für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, daß sie wie schon vor ca. 7 Jahren einen Reallohnverlust hinnehmen sollen.

Die KollegInnen wissen, wofür die Regierung Kohl die Gelder einsetzen will:
- "Stützungsmaßnahmen für den Osthandel"
- Beiträge zu den Kosten des Golfkriegs,
- Mittel für 280.000 ABM-Plätze in den fünf neuen Ländern, bezahlt aus den Taschen der ArbeitnehmerInnen!

Keineswegs finanziert die Regierung Kohl damit die Länder und Kommunen. Diese stehen, in Ost, aber auch in West, vor dem Problem, bei sinkenden Zuweisungen aus Bonn immer mehr Aufgaben (z.B. im Bereich der Sozialhilfe) finanzieren zu müssen.

Beschenkt werden Konzerne und Unternehmer. So baut Quelle eine Filiale in Leipzig, die zu 90% subventioniert wird. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer für die Kommunen sinken, wenn Unternehmen Zweigbetriebe im Osten "aufbauen", und schließlich würde eine Stadt wie Düsseldorf auf rd. 130 Mio. DM Einnahmeverlusten sitzen, wenn den Unternehmern die Gewerbekapitalsteuer erlassen wird.

Nach wie vor gilt: die Wirtschaft Westdeutschlands boomt. Gewinne explodieren weiterhin, während im Osten im Sommer 50% von Arbeitslosigkeit betroffen sein könnten. Ganze Regionen werden entindustrialisiert.

Während die Unternehmer durch die Steuergeschenke belohnt werden, sollen allein die ArbeitnehmerInnen für die Folgen dieser Politik aufkommen. Auch wenn es vielen Betroffenen als Ausweg erscheint: erst werden Hunderttausende in Arbeitslosigkeit getrieben. Dann werden 280.000 von ihnen über ABM wieder eingestellt. Die Lohnkosten bringen die Arbeitnehmer über ihre Beiträge zur Arbeitslosenversicherung auf.
Steuer- und Beitragserhöhungen der Sozialversicherungen, Steuersenkungen für die Reichen, ABM für die Arbeitslosen: die Arbeitnehmerschaft in ganz Deutschland soll doppelt und dreifach den arbeitnehmerfeindlichen Kurs der Regierung bezahlen.

Dagegen sagen immer mehr KollegInnen und GewerkschafterInnen Nein!

Erste Beschlüsse von Vertrauenleuten der ÖTV liegen vor, in vielen Betrieben führen die Beschäftigten die Diskussion. Der Grundtenor ist der gleiche:
- Die ÖTV muß die 6% verteidigen,
- wir lassen uns diese 6% nicht zur Finanzierung des Golf-Krieges und der Steuergeschenke an die Unternehmer rauben,
- statt ABM, bezahlt aus den Geldern der Arbeitnehmerschaft, sind feste Dauerarbeitsplätze zu schaffen.

Entsprechende politische Entscheidungen sind dringend gefordert.

Beitrag von ÖTV-KollegInnen zur Diskussion.

Pressemitteilung

Warum sollen die Elternbeiträge in Sachsen höher sein als in Nordrhein-Westfalen?

Die Empfehlung des Minister Geisler hat im Land Sachsen ein großartiges Chaos und Konfusion angerichtet.

Wochenlang wurden auf kommunaler Ebene die Elternbeiträge diskutiert. Dabei hat die Empfehlung des Ministers zu völlig unterschiedlichen Ergebnissen geführt. In manchen Kinderkrippen wurde zunächst von monatlichen Beiträgen von 800,-- DM gesprochen; in Kindergärten zunächst von Beiträgen um die 100,-- bis 200,-- DM. Dabei ist die Strategie des Ministers sehr durchsichtig. Gerade KurzarbeiterInnen und Arbeitslose werden sich überlegen, ob sie bei den niedrigen Einkommen nicht an den erhöhten Elternbeiträgen sparen und ihr Kind aus der Einrichtung nehmen. So will man systematisch den Bedarf senken. Das durch die Ministerempfehlung entstandene Chaos ist bewußt herbeigeführt und sollte diesen Effekt mit sich bringen. Diese Politik des Ministers ist verantwortungslos und untragbar.

Die in den Kommunen genannten Beiträge haben schon zu massiven Protesten der Eltern und Beschäftigten in den Einrichtungen geführt, so daß eine Reihe von Kommunen entgegen der Ministerempfehlung "soziale Grenzen" eingeführt haben. Der damit entstandene Schaden ist nicht wieder gut zu machen. Man kann so ein Volk in die Verzweifelung treiben. Aber zugleich hat sich erneut gezeigt, daß das Volk in der Lage ist, gegen das amtlich verordnete Chaos Ordnung zu schaffen. In der Anlage 3 haben wir einige Beispiel aufgeführt, zu welch unterschiedlichen Ergebnissen die lokale Diskussion geführt hat.

Wir haben jetzt diese Initiative ergriffen, um sofort neue Elternbeiträge herbeizuführen-einheitlich im Land Sachsen. Wir haben diskutiert mit Eltern, mit Beschäftigten in den Kindereinrichtungen; wir haben für diese Diskussion in Leipzig, Chemnitz und Dresden unsere Vorschläge auf Foren zur Diskussion gestellt. Tausende haben entsprechende Unterschriftensammlungen unterschrieben.

Wir haben auch Diskussionen mit Eltern und Beschäftigten der Kindereinrichtungen in Westdeutschland geführt. Sie äußerten die Befürchtung, daß die hohen Beiträge in Ostdeutschland, höhere Beiträge in Westdeutschland nach sich ziehen werden. Dabei haben wir die Diskussion insbesondere in Nordrhein-Westfalen verfolgt, wo die SPD-Landesregierung eine Erhöhung plant.

Es zeigt sich, wie unehrlich und unverantwortlich die Politik der CDU ist. Dort hatte die CDU des ehemaligen Landesverbandes von Herrn Biedenkopf die Vorschläge der SPD-Landesregierung als unsozial zurückgewiesen. Deshalb sind auch jetzt verbesserte Vorschläge auf dem Tisch. Unverständlich ist uns, daß die SPD-Fraktion im Landtag Sachsen bisher keine Bereitschaft signalisiert hat, die Vorschläge ihrer KollegInnen aus Nordrhein-Westfalen in Sachsen zur Diskussion zu stellen.

Wir schlagen vor, daß die geplanten Elternbeiträge in Nordrhein-Westfalen hier gültig werden. Zwar protestieren auch dort die Eltern gegen diese überhöhten Beiträge, aber durch die soziale Staffelung wissen wir - und der Minister -, daß hier viele keinen Beitrag bezahlen müssen.

Wir sehen nicht ein, daß in Sachsen mehr bezahlt werden soll als in Nordrhein-Westfalen. Wir sagen im Namen vieler Nein zur unverantwortlichen Politik der Landesregierung.

Dresden 10.4.1991

Cornelia Matzke
Sozialpolitische Sprecherin und Frauenbeauftragte
der Fraktion Bündnis 90/Grüne

9000 Unterschriften zum Antrag für den Erhalt der Kindergärten und -krippen und für bezahlbare Elternbeiträge übergab Cornelia Matzke an Staatsminister Geisler. Sie wandte sich gleichzeitig in einer neuen Presseerklärung gegen den „sozialpolitischen Kahlschlag", den die Landesregierung betreibt: „ Nicht nur die soziale Betreuung von Kindern, sondern auch das Lebensniveau vieler Männer und Frauen in Sachsen wird erheblich gesenkt, wenn die Staatsregierung per Gesetz durch nichtbezahlbare Elternbeiträge die Hälfte der sächsischen Bevölkerung von einer Inanspruchnahme der Kindergartenplätze ausschließt...Eine Regierung, die in Sachsen höhere Elternbeiträge als in Nordrhein-Westfalen einführen will, obwohl die Gehälter in Sachsen noch auf einige Zeit niedriger als in NRW sein werden, mißachtet die Lebensbedürfnisse der Menschen."
(in der nächsten Nummer. werden wir über die Landtagsdebatte berichten)

"Kinder sind die Zukunft jeder Gesellschaft"

Solidarität mit den Eltern und ErzieherInnen in Chemnitz

Mit einer Resolution unterstützen Eltern und ErzieherInnen aus Düsseldorf die Forderungen nach Erhalt des flächendeckenden Angebots an Kinderbetreuungseinrichtungen und eines Elternbeitrags in Chemnitz, der sich an den jetzt in NRW diskutierten Elternbeiträgen orientiert:

"(...) So, wie wir hier für das Recht eines jeden Kindes auf einen Platz in einer Kindertageseinrichtung eintreten, ist es für uns eine klare Sache, auch Euer Engagement für die Verteidigung eines solchen Rechtes mit all unseren Möglichkeiten zu unterstützen.
Wir wissen von den Plänen in den neuen Bundesländern zur Zerstörung sozialer Errungenschaften wie den Kindergärten und -krippen. Frauen werden in die Arbeitslosigkeit geschickt und sollen die Kindereinrichtungen ersetzen. Einrichtungsschließungen und drastische Elternbeitragserhöhungen sind geplant.
Ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne im sächsischen Landtag richtet sich gegen diese Pläne.
Weil wir befürchten, daß diese Pläne bei Euch die Angriffe auf die sozialen Errungenschaften hier vorantreiben sollen, geht es um unser gemeinsames Interesse.

Wir unterstützen den Antrag im sächsischen Landtag".

In einem Brief schreiben Eltern nach Chemnitz:
"Wir Eltern aus Flingern, die wir uns in der Elterninitiative engagieren, unterstützen diese Initiative, denn wir selbst setzen uns bereits seit über einem Jahr für ausreichende Kindergartenplätze in unserem Stadtteil ein. (...)

Setzt Euch weiter bei Euch für den Erhalt Eurer Einrichtungen ein, damit bei uns die Chance, eine 100%ige Versorgung mit Kindereinrichtungen zu erreichen, nicht vertan ist!"

Anfang Mai werden Erzieherinnen aus Chemnitz zu einem Besuch in Düsseldorf sein. Daraus soll eine ständige Partnerschaft hervorgehen.

AsF Unterbezirk Euskirchen — Euskirchen, den 18.4.91

An die Abgeordneten der SPD, der Grünen und an die Abgeordnete Carla Boulboullé, fraktionslos im Düsseldorfer Landtag

Offener Brief

Wir sozialdemokratischen Frauen aus den kleinen Gemeinden NRWs, sprich Bettelkommunen oder Ausgleichstockgemeinden, sehen in dem Gemeindefinanzierungsgesetz unserem Untergang entgegen. Wir können nicht tatenlos zusehen, wie die kleinen Gemeinden weiter verarmen.

Der vorübergehende warme Geldregen zur Teilentschuldung vom Land hilft da nur wenig, wenn wir bis 1993 einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen müssen. Was ist danach? Haushaltskonzepte sollen erstellt werden, und "Konsolidierung" der Haushalte ist die Devise.

Die Folge ist: Sparmaßnahmen bei allen öffentlichen Ausgaben. Kindergärten sollen geschlossen oder privatisiert und Schulen zusammengelegt werden. Und was geschieht mit der Feuerwehr?

Die Bürger des Kreises Euskirchen zahlen landesweit schon heute die höchsten Abwasser-Gebühren. Wir meinen, die Schmerzgrenze ist erreicht.

Unsere Empörung ist groß, jahrelang sind wir SozialdemokratInnen in allen Wahlkämpfen dafür eingetreten, daß alle Kinder mit öffentlichen Einrichtungsplätzen versorgt werden.

Mit großer Sorge verfolgten wir, wie in den neuen Bundesländern unter dem Druck der leeren Kassen Kinderbetreuungseinrichtungen abgebaut wurden. Jetzt sind wir wohl dran. Das ist die Umverteilungspolitik der Bundesregierung von unten nach oben, siehe die Streichung der Gewerbe-Kapitalsteuer. Wir meinen, eine sozialdemokratische Landesregierung hat nicht die Aufgabe, die Bonner Politik der sozialen Demontage umzusetzen.

Wir fordern alle SPD und Grüne Abgeordnete auf, dem Gemeindefinanzierungsgesetz NICHT zuzustimmen.

Mit solidarischem Gruß
(M.-L. Bürger AsF UB-Vorsitzende)

Kindergärten bald nicht mehr unter Regie der Kommunen?

Müssen die Ausgleichsstockgemeinden im Kreis Euskirchen ihre gemeindeeigenen Kindergärten schließen, um ihre Haushaltsdefizite zu verringern? Können andere Träger die Kindergärten übernehmen und somit aufrechterhalten? Diese Fragen beschäftigen derzeit die Ratsvertreter der Gemeinden Blankenheim, Nettersheim, Bad Münstereifel und Schleiden. Spätestens, seit die Stadt Monschau sich Anfang dieser Woche von ihren Gemeinde-Kindergärten losgesagt hat, geistern diese Überlegungen auch im Kreis Euskirchen umher.(...)

In einer Ratssitzung am Donnerstag nachmittag deutete Gemeindedirektor Hans Henn an, daß die Gemeinde (Blankenheim) schon bald nicht mehr Träger der Kindergärten sein könne. "Wir hängen zur Zeit in der Schwebe und wissen noch nicht genau, was alles auf uns zukommt. Wir wollen zwar die Kindergärten behalten. Ob dies aber auch durchsetzbar ist, weiß hier zur Zeit keiner", so Henn. (...)

Das Land Nordrhein-Westfalen fordert von den Gemeinden eine Konsolidierung der Haushalte, die nur durch rigorose Sparmaßnahmen möglich ist. Zwar hat man im Kreis Euskirchen noch nichts Definitives in Sachen Kindergärten beschlossen. Erste Überlegungen, dem Monschauer Beispiel zu folgen, existieren jedoch bereits. (...)

"Die betroffenen Gemeinden müssen sparen. Da müssen dann auch mal unpopuläre Entscheidungen getroffen werden", betonte ein Sprecher des Innenministeriums.

aus: Kölner Stadtanzeiger, vom 23.3.91

ABM statt fester Arbeitsplätze? (2.Teil)

In den neuen Bundesländern gibt es die Praxis, im Öffentlichen Dienst, wie z.B. bei den Erzieherinnen in den Kindergärten und -krippen oder im Gesundheitswesen, Angestellte zu entlassen und dann über ABM wieder einzustellen. D.h. feste Dauerarbeitsplätze werden vernichtet. Das widerspricht grundsätzlich dem ursprünglichen Anspruch, mit ABM neue feste Stellen zu schaffen.

Schon allein deshalb hat die Position zu ABM im Antrag für eine „Erklärung des Landtages" ihre volle Berechtigung. Im Antrag heißt es u.a.
"Die Kommunen und die Landesregierung stellen einen Haushaltsplan auf, der die sozialen Leistungen absichert. Dabei werden Maßnahmen wie die Finanzierung von bestehenden und notwendigen Aufgaben durch die Bundesanstalt für Arbeit (ABM) nicht in Anspruch genommen, sondern Gelder dieser Höhe werden den Kommunen für die Erhaltung fester Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt." (Briefe zur sozialen Einheit, 1/91, S. 2)

Diese Position im Antrag von Bündnis 90/Grüne ist auch deshalb zu unterstützen, weil die Planung Blüms, in 1991 und 1992 mit 5,5 Mrd. aus der Kasse der BA rd. 148.000 AB-Maßnahmen zu „fördern", zwei Ziele verfolgt:

a) die Kosten tragen wieder allein die ArbeitnehmerInnen, die ab 1.4.91 eine Steigerung ihrer Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 2,5 %, von 4,3 auf 6,8 %, hinnehmen sollen (rechnet man die Steuererhöhungen zur Zahlung der Golfkriegskosten an die USA usw. hinzu, entpuppen sich die Tariferhöhungen als unzureichend. Sie decken nicht die Mehrbelastungen, die die Regierung Kohl den ArbeitnehmerInnen abverlangt, so daß es weiter beim seit Jahren bestehenden Reallohnverlust bleibt, während den Unternehmern durch die Steuerreform weiter kräftigste Gewinne sicher sind);

b) Vor dem Hintergrund der Spaltung der ArbeitnehmerInnen in solche, die nach Tarifvertrag West und solche, die nach Tarifvertrag Ost bezahlt werden, bewirkt ein derart massiver ABM-Einsatz, wie ihn Blüm verlangt, wegen der nochmaligen Lohneinbußen der ABM-Beschäftigten eine weitere Spaltung!

Angesichts der dramatischen Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern will Blüm rd. 148.000 AB-Maßnahmen dort installieren. Der Widerspruch bleibt weitestgehend aus. So will die IG-Metall nach den Worten vom stellv. Vorsitzenden, K. Zwickel, dafür sorgen, daß betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen werden, solange u.a. Geld für ABM vorhanden ist (vgl. NRZ 2.4.91).

Und im völligen Gegensatz zu den Beschlüssen der Gewerkschaftstage von 1984 und 1988 erklärt M. Wulf-Mathies während des außerordentlichen Gewerkschaftstages der ÖTV am 14./15.2.91, „die Zahl der geplanten Arbeitsplatzbeschaffungsmaßnahmen müsse mehr als verdoppelt werden." (ötv-magazin 3/91, S. 7)

Geht der Antrag an den sächsischen Landtag angesichts der erdrückenden Arbeitslosenzahlen, angesichts der Wende in der Bewertung von ABM auch durch die Gewerkschaften also an der Realität vorbei? Mitnichten:
Es sollen die ArbeitnehmerInnen sein, die allein die Kosten für den Erhalt v.a. der Infrastruktur des öffentlichen Dienstes in der ehemaligen DDR zahlen (dagegen, aber nicht gegen ABM, wehren sich die Gewerkschaften!) So hat Bundesgesundheitsministerin Hasselfeld, CSU, durch die brandenburgische Ministerin Hildebrandt am 25.3.91 in Leipzig erklären lassen: „Die Teile von Polikliniken, die nicht von den Krankenkassen getragen werden, sollen über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des Arbeitsamtes finanziert werden." (RP 26.3.91) Analog soll in anderen Bereichen des Sozial- und Gesundheitswesens verfahren werden!
Und auch die Bundesfrauenministerin Merkel, CDU, fordert mehr ABM, besonders für Frauen!

Dabei ist ABM-Ost nicht gleich ABM-West! Die bisher aufgezeigten Nachteile, die der Arbeiterschaft durch ABM entstehen, gelten nur für Westdeutschland! Denn das AFG hat durch den Einigungsvertrag Änderungen erhalten, die Blüm für den Osten Deutschlands weitreichende Möglichkeiten an die Hand geben, und die bisher beschriebenen Nachteile verschärfen!

So ist in § 95 in der Fassung für die ehemalige DDR geregelt, daß nicht wie im Westen, die BA über die Förderung, die Mittelverwendung, die Förderungsfrist und das Verfahren, „bestimmt", sondern der Bundesarbeitsminister, also Blüm! Damit hat die Regierung Kohl mit dem Einigungsvertrag die Grundlage geschaffen, den letzten kleinen Rest der Selbstverwaltung der Arbeitslosenversicherung zu beseitigen, indem sie jetzt, zunächst in den neuen Ländern, allein über die Mittelzuweisung bei ABM entscheidet. Gleichzeitig sind die Befristungen aufgeweicht worden, so daß jetzt ABM mehrfach verlängert werden kann, also auch dann, wenn der Bedarf nach einer festen Planstelle eindeutig nachgewiesen ist.

Die Bonner Regierung hat sich also über diese AFG-Regelung für die ehemalige DDR eine Grundlage geschaffen, auf die gestützt sie ihre länder- und gemeindefeindliche Spar- und Milliardenumverteilungspolitik auch gegenüber den östlichen Ländern und Kommunen weiter fortsetzen kann, indem sie diesen den „Ausweg" über ABM, der Plünderung der Arbeitslosenversicherung bei gleichzeitiger Beitragssteigerung für die ArbeitnehmerInnen, „anordnet". MandatsträgerInnen, die sich den sozialen Interessen der Bevölkerung, den Interessen der ArbeitnehmerInnen und denen der Arbeitslosen verpflichten, müssen, auch im Westen, deshalb der Intention des Antrages „Sachsen wird leben" folgen und die nötigen Gelder für die Erhaltung und Schaffung fester Arbeitsplätze und Planstellen von Bonn fordern. Daß diese Gelder da sind, zeigt nicht zuletzt die Bereitstellung von fast 18 Mrd. DM zur Finanzierung des Golf-Krieges!

Heinz-Werner Schuster,
Mitglied der ÖTV, Bezirksvertreter der SPD in Düsseldorf

Kontakte zwischen SeniorInnen in Chemnitz und Düsseldorf

Anfang April fand in Chemnitz eine Diskussion zwischen SeniorInnen aus Düsseldorf und Chemnitz über die Verteidigung ihrer Rechte und sozialen Grundlagen statt.

Gerade angesichts der z.T. katastrophalen Lage der älteren MitbürgerInnen geht es darum, ihre Forderungen wirksam gegenüber der Stadt, dem Land und dem Bund durchzusetzen.

Beifall erhielt Charlotte Zimmer, die Seniorenbeiratsvorsitzende aus Düsseldorf: "Wir sollten nicht die schweigende Masse bleiben, nicht nur bitte, bitte sagen, sondern mitdenken und fordern".

Sie informierte die Chemnitzer BürgerInnen über die Arbeit des Seniorenbeirats, der sich in den letzten Jahren aktiv in der Düsseldorfer Kommunalpolitik im Interesse der SeniorInnen eingemischt hat. Auch in Chemnitz soll ein Seniorenbeirat gegründet werden. Der gegenseitige Austausch soll fortgesetzt werden.

Entwurf für einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne, Sachsen:

Überprüfung auf menschenrechts- und rechtsstaatswidrige Tätigkeit in der ehemaligen DDR durch Beschäftigte im und Bewerber sowie Bewerberinnen für den öffentlichen Dienst - Beendigung der Fragebogenaktion

Der sächsische Landtag möge beschließen:

A. Beendigung der Fragebogenaktion

1. Fragebogenaktionen, bei welchen öffentliche Bedienstete oder Bewerbende für den öffentlichen Dienst unter Androhung der Nichteinstellung bzw. der Kündigung verpflichtet werden, wahrheitsgemäße Angaben zur früheren Tätigkeit im DDR-Staat (Tätigkeit für das MfS, Reisekader, Tätigkeit für Parteien oder Massenorganisationen, betriebliche Leitung, Aufenthalt im Ausland, Parteischulen) zu machen, werden umgehend eingestellt.

2. Alle bisher ausgefüllten und eingesammelten Fragebogen werden den Betroffenen wieder ausgehändigt oder auf deren Wunsch vernichtet. Bisher ohne gesetzliche Grundlage durchgeführte Überprüfungen werden annuliert und nach den unter B. genannten Kriterien wiederholt.

B. Durchführung einer rechtsstaatlichen Überprüfung: Die Staatsregierung wird beauftragt, dem Landtag innerhalb kurzer Frist einen Vorschlag für eine gesetzliche Regelung zur Überprüfung öffentlicher Bediensteter vorzulegen, welcher folgende Aspekte beachtet:

1. Alle Personen, welche eine Stellung im öffentlichen Dienst anstreben, bzw. fortsetzen wollen, haben ihr Einverständnis zur Überprüfung ihrer früheren Tätigkeit im DDR-Staat und in der DDR-Gesellschaft unter Heranziehung
- von Informationen aus der Öffentlichkeit,
- der Unterlagen der zentralen Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltung in Salzgitter,
- der Unterlagen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit (MfS/AfNS)
- von Unterlagen aus den Staats- und Parteiarchiven der ehem. DDR sowie
- der Personalakten und Kaderakten

zuzustimmen.
Die Überprüfung ist vorrangig bei den leitenden Positionen durchzuführen. Die sächsische Staatsregierung hat sicherzustellen, daß bis Ende 1996 alle öffentlichen Bediensteten überprüft sind.

2.Jede Einstellung und Weiterbeschäftigung im öffentlichen Dienst erfolgt unter dem Vorbehalt, daß sich bei der Überprüfung nach Nr. 1 keine Erkenntnisse ergeben, wonach der bzw. die öffentliche Bedienstete sich vor dem 3.10.90 in besonderem Maße für den ehemaligen DDR-Staat engagierte, indem er bzw. sie
- nach heutiger Anschauung in eklatanter Weise rechtsstaatliche Grundsätze verletzte,
- gegen Menschenrechte verstieß,
- Taten beging, welche nach heutigem Rechtsverständnis schwerwiegende Straftaten darstellen,
- exzessiv repressive Regelungen und Anordnungen ausführte,
- grobes menschliches Fehlverhalten beim Umgang mit Bürgern und Bürgerinnen sowie mit Untergebenen zeigte,

und dadurch als ungeeignet und untragbar für die jeweilige Tätigkeit im öffentlichen Dienst angesehen werden muß.

3. Die Überprüfung, ob aufgrund der vorhandenen Erkenntnisse nach Nr. 2 eine Weiterbeschäftigung bzw. eine Einstellung im öffentlichen Dienst möglich ist, erfolgt durch eine Kommission von drei Personen, welche sich zusammensetzt aus
- einem Vertreter bzw. einer Vertreterin der anstellenden Dienststelle,
- eine Person aus der Belegschaft der jeweiligen Dienststelle, welche von der Belegschaft für das Amt in direkter Wahl benannt wird,
- einer Person, welche aufgrund ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit oder ihrem gesellschaftlichen Engagement über die moralische und fachliche Kompetenz verfügt, über die Verstrickung mit dem ehemaligen DDR-Staat und über die künftige Verwendung im öffentlichen Dienst zu urteilen.

Die Mitglieder der Kommission sind selbst auf Verfehlungen während der DDR-Zeit zu überprüfen.

4. Erkenntnisse nach B. 1 sind den überprüfenden Personen mitzuteilen. Diese erhalten die Gelegenheit, sich hierzu vor der Kommission, soweit gewünscht unter Hinzuziehung einer Vertrauensperson (z.B. Rechtsanwalt), schriftlich und/oder mündlich zu äußern. Über mündliche Stellungnahmen ist ein Protokoll anzufertigen, welches von der überprüften Person gegengezeichnet wird.

5. Die Überprüfungen erfolgen bis spätestens 31.12.1996. Die Ablehnung einer Beschäftigung oder Weiterbeschäftigung im öffentlichen Dienst erfolgt in Form einer Verfügung, gegen welche ohne Durchführung eines Widerspruchsverfahrens Klage vor dem Verwaltungsgericht möglich ist. Eine Rechtsmittelbelehrung ist Wirksamkeitsvoraussetzung für die Verfügung. Es ist darauf hinzuweisen, daß sich die überprüfte Person wegen der Vermutung eines Verstoßes gegen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung an den oder die Landesbeauftragten für den Datenschutz wenden kann.

6. Die Erkenntnisse nach B. 11 sowie alle weiteren bei dem Überprüfungsverfahren entstehenden Unterlagen werden getrennt von der Personalakte aufbewahrt. Diese Unterlagen dürfen ausschließlich zu Zwecken der Beurteilung der Beschäftigung im öffentlichen Dienst verwendet werden.

7. Die Überprüfungskommissionen nach B. 3 berichten jährlich in geeigneter Weise dem sächsischen Landtag über die von ihnen geleistete Arbeit.

C. Überprüfung in anderen Bereichen

1. Bei Personen, welche in einem Betrieb beschäftigt sind oder beschäftigt werden sollen, welcher zu mehr als 50% dem Freistaat Sachsen oder einer sächsischen öffentlichen Körperschaft gehört, ist ein entsprechendes Verfahren vorzusehen.

2. Die Landesparlamente des Beitrittsgebietes, der Bundestag und der Bundesrat sind über das sächsische Verfahren zur Überprüfung der öffentlichen Bediensteten zu unterrichten und aufzufordern, ein entsprechendes Verfahren für deren jeweiligen Verantwortungsbereich vorzusehen.

Berichte aus Betrieben

(aus einer Dokumentation des Neuen Forum, Dresden)

„Es scheint eine Existenzfrage für unsere Wirtschaft zu sein, daß die Stasi dort offensichtlich Schlüsselpositionen besetzt hat. Dutzende Betriebsräte erzählen alle die gleiche Geschichte. Das extremste Beispiel ist ein Gipswerk mit 640 Beschäftigten. 500 wurden entlassen, unter den restlichen 640 Beschäftigten sind sämtliche bekannte Stasi-Leute des Betriebes. Und die Entlassungen sind sogar vom Chef dieser Stasi-Leute unterschrieben worden. Dabei geht es auch um die Existenz von Frauen. Denn in diesem Betrieb sind sämtliche Frauen entlassen worden."

3. Die sächsische Staatsregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, daß Unterlagen, welche Auskunft über vorwerfbares Verhalten während der Zeit der DDR enthalten, für öffentliche Stellen sowie für die historische, politische und gesellschaftliche Aufarbeitung zugänglich gemacht werden.

Begründung

Derzeit finden auf dem Gebiet der ehemaligen DDR und so auch in Sachsen Fragebogenaktionen statt, mit welchen die Geeignetheit von Bewerbern und Bewerberinnen bzw. Tätigen des öffentlichen Dienstes dadurch festgestellt werden soll, daß diese Angaben über ihre Tätigkeit zur Zeit der ehemaligen DDR machen müssen (...)

Die derzeit abgeforderte Unterzeichnung einer Erklärung über staatliche oder quasi-staatliche Tätigkeiten (beim MfS, bei der SED usw.) ist nicht geeignet, Personen ausfindig zu machen, welche sich durch rechtsstaatswidrige oder menschenrechtsverletzende Handlungen für das ehemalige DDR-Regime für eine Tätigkeit im bundesdeutschen öffentlichen Dienst diskreditiert haben. Nur wenige machen über sich selbst belastende Angaben, und wenn dies der Fall ist, so zumeist nur in dem Umfang, in dem sie von einer Aufdeckung wissen bzw. diese befürchten. Diejenigen, welche am ehesten bereit sind, durch ehrliche Angaben über ihre Rolle im ehemaligen DDR-Staat sich zu der damit verbundenen Schuld zu bekennen, haben am wenigsten eine Chance, künftig im öffentlichen Dienst arbeiten zu können. Es gilt wieder - im übertragenen Sinne - das Sprichwort: Die Kleinen werden gehängt, die Großen läßt man laufen. (...)
Das Anliegen, Fakten der Unterdrückung aufzudecken und aufzuarbeiten, ist unbedingt zu unterstützen
- um zu verhindern, daß Opfer früherer Verfolgung und Drangsaliereereien erneut zu Opfern der gleichen Täter werden,
- um diejenigen, welche mit dem Repressionsapparat der ehemaligen DDR zusammengearbeitet haben, mit ihren Taten und den Folgen dieser Taten zu konfrontieren und so zu einer individuellen Aufarbeitung beizutragen,
- um zu verhindern, daß charakterlich ungeeignete Personen im öffentlichen Dienst tätig sind,
- weil es politisch, sozial und moralisch unerträglich wäre, daß für das alte Regime vorwerfbar handelnde Verantwortliche erneut in verantwortlichen Positionen agieren.

Überführung der SED-Akten in das Bundesarchiv?

Erklärung

Berlin, den 7.4.1991

In der gestrigen Beratung von Gesetzesvorlagen zum Umgang mit Akten des ehemaligen MfS wurde von allen Teilnehmern die Bedeutung der Archive von Parteien und Massenorganisationen Ostdeutschlands für die politische Aufarbeitung festgestellt. Alle Teilnehmer sprachen sich für eine gesonderte Gesetzesinitiative aus, die der Wahrnehmung staatlicher Gewalt durch die SED und die von ihr abhängigen Organisationen Rechnung trägt.

Ein falscher Schluß aus dieser Sachlage wäre, die Akten der SED, der Blockparteien und Massenorganisationen in das Bundesarchiv zu überführen und damit zu Akten eines Rechtsstaates aufzuwerten. Die politische und historische Aufarbeitung der kurzen Geschichte der DDR würde auf Grund der dann geltenden dreißigjährigen Sperrfrist entgegen den erklärten Absichten aller Parteien verhindert werden. Das Bundesarchivgesetz gilt für in einem Rechtsstaat angelegte Akten, während die Akten der ehemaligen DDR-Organisationen staatlich sanktioniertes Unrecht dokumentieren. Mit der Überführung der SED-Akten in das Bundesarchiv würde unvergleichliches zusammengezwungen und die Größe der gesetzgeberischen Aufgabe verfehlt.

Aufgabe des Gesetzgebers sollte die Zusammenführung der infrage kommenden Akten in einem Sonderbestand unter öffentlich-rechtlicher Trägerschaft sein. Die Einrichtung eines Institutes und Archives zur DDR-Geschichte nach dem Vorbild des Münchener Institutes für Zeitgeschichte eröffnet die Möglichkeit des Beginns überparteilicher politischer Aufarbeitung und wissenschaftlicher Forschung.

Wenn aus parteipolitischem Kalkül und falsch verstandener Staatsräson die Geschichte der DDR im Staatstresor verschwindet, tritt die Bundesregierung nicht nur das Erbe der Aktenbestände an, sie setzte damit die Politik von Lüge, Vertuschung und verweigerter Öffentlichkeit der SED fort.

Michael Arnold — Bündnis 90 im Sächsischen Landtag
Dr. Martin Böttger — Neues Forum
Cornelia Matzke — Unabhängiger Frauenverband
Dr. Armin Mitter — Unabhängiger Historikerverband
Ulrike Poppe — Demokratie Jetzt
Thomas Rudolph — Sächsisches Bildungswerk d.IFM e.V.
Wolfgang Templin — Initiative Frieden & Menschenrechte

Jeremy Corbyn gehört zu den 36 Abgeordneten der Labour Party, die gegen den Golf-Krieg gestimmt hatten.

Am 7. März hat er am Internationalen Meeting gegen den Krieg in Paris teilgenommen.

Jeremy Corbyn, der sich schon vor dem Krieg für die Rechte des irakischen und palästinensischen Volkes engagiert hatte, erhebt seine Stimme heute für die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Kurden, weil es nur so eine Lösung geben wird.

Großbritannien und die USA sind mehr daran interessiert, Saddam weiter an der Macht zu halten

von Jeremy Corbyn, M.P. (Mitglied des englischen Unterhauses)

Der Golfkrieg forderte 150.000 Tote. Er endete mit der Wiedereinsetzung eines reaktionären Monarchen in Kuweit, der Verfolgung der Palästinenser in Kuweit und dem Völkermord im Irak. Die Kurden benötigen sofortige Hilfe. Sie brauchen Nahrung, Unterbringung, Babyutensilien, Wasserreinigungsgeräte und andere Hilfe.

Aber Kurden in Flüchtlingslagern unterzubringen, ist keine Lösung der Kurdenfrage. Ich habe bereits Flüchtlingslager in der Türkei besucht, die 1988 wegen der Massaker an den Kurden im Irak aufgestellt werden mußten.

Präsident Özal und die türkische Regierung haben dieses Volk sehr schlecht behandelt. Sogar der Zugang des Roten Kreuzes und medizinische Hilfe wurde den kurdischen Flüchtlingen verweigert, die durch die türkischen Behörden in Lagern zusammengepfercht wurden.

Die kurdische Frage kann nur gelöst werden, wenn das Recht der Kurden auf Selbstbestimmung anerkannt wird.

Unglücklicherweise sind Großbritannien und die USA mehr daran interessiert, Saddam an der Macht zu halten und Özal zu helfen, als die Rechte der Kurden anzuerkennen.

Schließlich müssen wir gegen die Prioritätensetzung der britischen Regierung protestieren. Sie kann sofort 3 Billionen Pfund aufbringen, um diese in den Golfkrieg zu stecken. Aber sie beginnt ihre Hände zu ringen, wenn es um 10 Millionen Pfund geht, um den Kurden zu helfen.
Ein Volk stirbt in einer Berggegend, und es braucht sofortige Hilfe.

(Übersetzung von der Redaktion)